

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Kt 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

3. Jahrgang.

Freitag, 2. November 1923.

Nr. 256.

Der Gegenstoß der Sozialdemokraten.

Die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland treiben nun durch den im Brennpunkt des Interesses stehenden Gewaltstreik der Reichsregierung gegen Sachsen, der Entscheidung entgegen. Es wird immer offenkundiger, daß das Ultimatum gegen Sachsen und die Absetzung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Sachsens mit militärischer Gewalt nicht eine Rechtsbeugung schwerster Art, sondern auch der tölpelhafteste Mißgriff einer Regierung war, deren verantwortliche Personen die Herrschaft über ihre Nerven verloren haben. Der Reichskanzler hat seither, da er die Wirkung nahen sah, wohl selbst die Größe der kapitalen Dummheit erkannt, denn fast unmittelbar nach dem Handstreik, zu dem er sich durch die Heße der Reaktionen und gewiß auch aus eigener Herzneigung verleiten ließ, mußte er sich Sachsen wieder eine verfassungsmäßige Regierung zu geben und er hat gestern den für Sachsen ernannten Reichskommissar Dr. Heinze nach kaum achtundvierzigstündiger Amtsdauer nach Berlin zurückberufen. Aber der im Rollen befindliche Stein kann dadurch nicht mehr aufgehoben werden. Heute gilt nurmehr ein Entweder — Oder. Der militärische Gewaltstreik gegen die sächsische Regierung drängt dazu, die Möglichkeit der Wiederholung ähnlicher Gewaltakte auszutüfeln. Das ist der Inhalt und Wille des von uns gestern veröffentlichten Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Mögen daraus welche Folgen immer erwachsen, bleibt doch wahr: besser die offene Diktatur der Reaktion, als die schleichende, die auch noch den Sozialdemokraten die Mitverantwortung für ihr Gewaltregime aufhalsen möchte. Die nächsten Stunden müssen die notwendige Klärung bringen.

Die Reichsregierung stütze sich bei ihrem Vorgehen auf den Artikel 48 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident, „wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten kann“. Wenn auch das Reichsgesetz, welches das Nähere bestimmen soll, bis heute überhaupt nicht erlassen wurde, so besteht doch gewiß die gesetzliche Handhabe, gegen eine Landesregierung, wenn diese konsequent gegen die Reichsverfassung verstößt, vorzugehen. Wo aber sind denn solche Verstöße in Sachsen erfolgt, welche die Anwendung dieses Mittels der Reichsverfassung hätten rechtfertigen können? Es ist wohl richtig, daß die sächsischen Kommunisten wegen der Auflösung der proletarischen Hunderttausenden zum Generalstreik und zum Widerstand gegen diese von der Reichsgewalt verfügte Auflösung aufgefordert haben. Da die Kommunisten Regierungsparteien waren, so fällt sicher ihr Vorgehen ins Gewicht, aber eine Begründung für den Streik der Reichsregierung bietet es nicht. Ebenjowenig kann dafür der Umstand, daß die beiden der sächsischen Regierung angehörigen Kommunisten einige großmäulige Reden nach bekanntem kommunistischem Muster gehalten haben, die gewaltsame Sprengung der sächsischen Regierung rechtfertigen. Wenn wirklich in diesem Sinne Verfehlungen der kommunistischen Vertreter in der Landesregierung vorlagen, so hätte die Reichsregierung vorher auf eine einwandfreie Klärung des Sachverhaltes und eine unzweideutige Erklärung dieser Minister, wie sie sich zur Einhaltung der Gesetze und der Verfassung stellen, drängen müssen, ehe ihr das formale Recht zugestanden wäre, von Reichswegen mit Gewalt einzuschreiten. Doch die Reichsregierung hat nicht einmal der sächsischen Landesregierung zu dieser Klärung Zeit gelassen, sie hat unvermittelt ihr verhängnisvolles Ultimatum gestellt und hat nach diesem Ablauf mit militärischer Gewalt — und wie zum Hohne noch dazu unter klingendem Spiel

Krank, feig oder rettender Ausweg?

Stresemann angeblich erkrankt. — Die Entscheidung über das Verbleiben der Sozialdemokraten in der Regierung verschoben.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Die Absicht der Partei, schon heute eine Entscheidung über das Verbleiben in der großen Koalition herbeizuführen, konnte nicht verwirklicht werden, da der Reichskanzler Dr. Stresemann infolge „Ueberarbeit“ merkwürdigerweise gerade heute erkrankt ist und Besuche angeblich nicht empfangen könne.

Aus diesem Grunde konnte die für heute Mittag in Aussicht genommene Fraktionsitzung nicht stattfinden; sie mußte auf Abend verlagert werden. Bis dahin hoffte nämlich Stresemann Antwort geben zu können. Da dies nicht geschah, beraumte die Fraktion für morgen eine neue Sitzung an.

Die rechtsstehende Presse weist selbstverständlich die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion mit Entrüstung zurück und kündigt den Abfall Bayerns vom Reich an, wenn

den Sozialdemokraten entsprochen wird und wenn gegen Bayern eine schärfere Tonart angeschlagen werden sollte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet die Forderungen sogar als „Erpressungsversuch“. Demgegenüber zeigen die Demokraten, das Zentrum und ein Teil der Volkspartei Geneigtheit, den sozialdemokratischen Wünschen entgegen zu kommen und treten dafür ein, daß die Reichsregierung mit vollem Ernst an die Wiederherstellung der Verfassung in Bayern schreite.

Es ist selbstverständlich, daß, sollte die Sprengung der Koalition verhütet und der Austritt der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder noch vermieden werden, es nicht bei bloßen papierernen Versprechungen wird bleiben dürfen, sondern der Partei bindende Zusicherungen gemacht werden müßten.

Drüdeberger Stresemann.

Berlin, 1. November. Der Reichskanzler ist bettlägerig und darf auf den „dringenden Rat“ der Ärzte zur Zeit das Bett nicht verlassen. Deshalb mußte auch die für heute vormittags anderwärts abgehaltene Kabinettsitzung, in der dringende Angelegenheiten zur Erörterung kommen sollten, nicht stattfinden. (Also weil Herr Stresemann politisch leidend geworden ist, müssen unter anderem auch dringende Angelegenheiten unerledigt bleiben.) Infolge der Erkrankung des Kanzlers hat auch die für heute Vormittag in Aussicht genommene Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratie über die von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossenen Forderungen noch nicht stattfinden können.

Sie fabrizieren Mär'ner.

Berlin, 1. November. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist vom Dresdner Amtsgericht gegen den kommunistischen Ministerialdirektor Brandler der Haftbefehl erlassen worden.

Die endgültige neue Regierung in Sachsen.

Dresden, 1. November. (Eigenbericht.) Der Landtag trat um halb zehn Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der die Verteidigung des neuen Ministerpräsidenten vorgenommen werden sollte. Die Deutschnationalen verlangten die Verlegung bis zur Entscheidung durch den Staatsgerichtshof, ob die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten zurecht erfolgt sei oder nicht. Der Redner der Deutschnationalen betonte, daß alle Regierungsakte des Ministerpräsidenten Fellsch ungültig seien.

Die Volkspartei war etwas gemäßigter und verlangte nur die Verlegung bis nächsten Dienstag. Beide Anträge wurden abgelehnt. Die Verteidigung konnte um 10 Uhr vorgenommen werden. Fellsch bildete sodann sein Kabinett, in das an Stelle des in Aussicht genommenen Arbeitsministers Graupe der Gewerkschaftssekretär Elsner tritt, während das Wirtschaftsministerium vor-

läufig noch unbesetzt bleibt und von Fellsch selbst geleitet wird.

Dienstag wird die Regierung ihr Programm entwickeln. Zugleich soll auch über einen volksparteilichen Antrag auf Auflösung des Landtages abgestimmt werden.

Das sächsische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Fellsch; Minister des Innern: Diebmann; Arbeitsminister: Elsner; Minister für Volksbildung: Fleißner; Justizminister: Neu; Finanzminister: Feld.

Heinze gesund entlassen.

Berlin, 1. November. Der Reichskommissar für Sachsen Dr. Heinze, der gestern von Dresden nach Berlin zurückgekehrt ist, hat dem Reichskanzler über die Vorgänge in Sachsen Bericht erstattet und sein Amt in die Hände des Kanzlers zurückgelegt. (Glück hat der Heinze gehabt; ein Weilaßen später hätte ihm der plötzlich erkrankte Kanzler nicht mehr die Absolution erteilen können.)

Der neue sächsische Ministerpräsident Fellsch erklärte dem Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“, er habe den Reichskanzler von der Bildung des neuen Ministeriums telegraphisch verständigt und verlangt, die Abberufung Heinzes sofort zu veranlassen.

Wie die Blätter melden, richtete die sächsische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die „streifenden Arbeiter, Angestellten und Beamten“, in dem es heißt, daß durch die Bildung der verfassungsmäßigen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Fellsch die Ursachen des Proteststreikes behoben sind. Die partei- und gewerkschaftlichen Instanzen einschließlich der Kommunisten haben es daher für nötig gehalten, den Streik aufzuheben.

Wieder ein Blutbad in Sachsen.

Dresden, 1. November. Wie das hiesige Reichswehrkommando mitteilt, kam es heute in Großenhain zu einem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und der dortigen Bevölkerung. Als eine Abteilung von vier Reichswehrsoldaten einen Verhafteten eskortierte, wurde sie von der Menge umringt und angegriffen. Die zu Hilfe gerufene Reichswehrverstärkung „säuberte“ den Platz und mußte, da die Menge Widerstand leistete, von der Schusswaffe Gebrauch machen. Bis her sind 15 Schwerverletzte gemeldet.

der Militärmusik — die Absetzung der gesamten Landesregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars verfügt.

Das Vorgehen der Reichsregierung, das einen Staatsstreik, wie er noch nie dagewesen, bedeutet, ist um so verwerflicher, als der Wortlaut ihres Ultimatus nicht im Reichsministerium beschlossen wurde, und die Zustimmung zu dem Ultimatum von den sozialdemokratischen Ministern überhaupt nicht eingeholt wurde. Der Reichskanzler hat die sozialdemokratischen Minister auch mit der Durchführung des Ultimatus überzerrumpelt. Das schwerwiegende Dokument des Reichspräsidenten wurde dem Reichskanzler am Montag um 11 Uhr vormittags überreicht und schon um 2 Uhr nachmittags setzten sich die Reichswehrruppen in Dresden zur Befehung des Landesregierungsgebäudes in Bewegung! An die Durchführung des Ultimatus war die Verbindung geknüpft, daß vorerst das Einverständnis des gesamten Kabinetts und der Parteiführer eingeholt sei, dennoch wurde der Mechanismus der Verordnung sofort in Kraft gesetzt. Reichskanzler Stresemann hatte noch in der Nacht von Sonntag auf Montag den Vertretern unserer Genossen die bestimmte Zusage gemacht, daß vor Dienstag nichts geschehen werde, und daß vorerst das Ergebnis von Beratungen unserer Parteiführer mit den sächsischen Instanzen abgewartet werden würde. Der Reichskanzler hat dieses Versprechen gebrochen.

In dem Eifer, den Wunsch der Reaktionen nach Beseitigung der sächsischen sozial-

demokratisch-kommunistischen Regierung zu erfüllen, beging die Reichsregierung aber auch eine abgrundtiefe Dummheit. Just am Montag, also am Tage des Staatsstreiks, sagte der sozialdemokratische Parteivorstand einen Beschluß, der die sächsischen Genossen aufforderte, die Regierungskoalition mit den Kommunisten aufzulösen, da die kommunistische Partei durch ihr zweideutiges Spiel die Grundlagen zerstört habe, auf denen seinerzeit der Versuch der gemeinsamen Regierungsbildung unternommen wurde. Die Kommunisten hatten durch ihr Spiel mit doppelten Karten jede Regierungstätigkeit in Sachsen nachherade unmöglich gemacht und eben vollzog sich in der Meinung der sächsischen Partei ein Klärungs- und Reinigungsprozeß, der als Resultat die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens mit dieser verantwortungslosen und treulosen Partei sichtbar vor aller Welt ergeben hätte. Schon am Dienstag wollten die Sozialdemokraten in der sächsischen Regierung aus dem diabolischen Doppelspiel der Kommunisten die Konsequenz ziehen und die Koalition zur Auflösung bringen. Der plumpe und brutale Gewaltstreik des Reichskanzlers hat diesen Reinigungsprozeß unterbrochen und Wasser für die kommunistischen Mühlen geliefert.

Am unerhörtesten aber erscheint die Maßnahme gegen die sächsische Regierung, wenn man damit die Langmut und Duldsamkeit der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Regierung in Vergleich zieht. An Thüringens Grenze stehen bayerische Regierungstruppen zum Vormarsch auf Berlin bereit. In allen Städten Bayerns wirbt der halenkreuzerliche Faschismus Rekruten für den Kampf gegen das

eigene Vaterland. Der bayerische Ministerpräsident hindert die Absetzung eines hochverräterischen Generals und ignoriert die Weisungen und Anordnungen der Zentralgewalten. Doch diese Schänder der Reichsverfassung, diese offenen Aufrührer wagt der Reichskanzler nicht anzutasten!

Der Schlag Stresemanns und der hinter ihm stehenden rechtsradikalen Reaktion kann und wird nicht ohne Antwort bleiben. Unsere Genossen im Reich sind in der gegenwärtigen Situation, in der sich die Republik und das Volk befinden, mit ungeheurer Verantwortung beladen und sie wissen, daß jeder rein impulsive Schritt von den unheilbar schwersten Folgen für die Arbeiterschaft begleitet sein kann. Nicht nur um Deutschlands Zukunft, sondern auch um das politische und soziale Schicksal der deutschen Arbeiterklasse geht jetzt das erregende Spiel. Ein taktisch falscher Zug kann dem listig-lauernden Gegner den Sieg bringen, der zugleich die brutale Knechtung des deutschen Proletariats auf unabsehbare Zeit bedeuten kann. In dieser überschwerten Verantwortung muß man die Erklärung dafür suchen, daß unsere reichsdeutschen Genossen, deren Erfahrung und hohe politische Bedeutung über allem Zweifel steht, mit Bedachtsamkeit ihre Entschlüsse fassen. Wir als Zuschauer dieses traurigen Ringens, dürfen nicht vornehm und ungeduldig mit unserem Urteil zur Hand sein, sondern dürfen die volle Ueberzeugung hegen, daß es der sozialistischen und politischen Reife der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihrer Führer gelingen wird, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Mißbilligung für Rosenfeld und Wurm.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Die heutige Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm mit großer Mehrheit den Antrag des Fraktionsvorstandes an, wonach dem Genossen Dr. Rosenfeld und dem Genossen Wurm, weil sie sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der Fraktion, trotz Anwesenheit im Reichstag, der Stimme enthielten, die schärfste Mißbilligung ausgesprochen wird.

Nur zwei Regimenter Hiltbranditen.

Ein „harmloses“ Kriegsspiel der bayerischen Reaktion.

Berlin, 1. November. Die bisherigen Feststellungen an Ort und Stelle über die Vorgänge an der bayerisch-thüringischen Grenze haben ergeben, daß auf der thüringischen Seite ein großer Teil der Thüringer Landespolizei und auf der bayerischen Seite Selbstschutzorganisationen in der Stärke von zwei Regimentern sich befinden. Da beide Teile sich bisher abwartend verhalten haben, ist es zu irgend welchen Zwischenfällen nicht gekommen.

Ein Separatistenhauptling abgefangen.

Mün, 21. Oktober. (Wolff.) Bremer, einer der Separatistenführer, kam heute im Automobil hier an und wurde von der Polizei sofort in Schutzhaft genommen.

Englisch-französischer Notenwechsel.

Poincaré leugnet die Unterstützung der separatistischen Bewegung.

Paris, 31. Oktober. (Savas.) Der Botschafter Großbritanniens hat dem Ministerpräsidenten Poincaré zwei Noten überreicht. In der ersten wird auf die Rechtsfolgen aufmerksam gemacht, welche entstehen würden, wenn sich Provinzen von Deutschland abtrennen würden, die den Versailler Vertrag nicht unterfertigt und daher die Verpflichtungen des Reiches nicht übernommen haben. Die Note beurteilt in keiner Weise den Standpunkt Frankreichs und Belgiens zur Bewegung im Rheinlande. In der zweiten Note wird vorgeschlagen, den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Einladung der Alliierten zu senden, dahingehend, die Vereinigten Staaten mögen zwei Delegierte für den geplanten Sachverständigenausschuß bestimmen. Gleichlautende Noten sind dem englischen Botschafter in Brüssel überreicht worden.

Ministerpräsident Poincaré wird in Beantwortung der ersten englischen Note wahrscheinlich betonen, daß weder Frankreich (!) noch Belgien (!) die Verantwortung für die separatistische Bewegung im Rheinlande tragen und daß sie der Bevölkerung die Freiheit belassen, ihrem eigenen Willen gemäß vorzugehen. In der Antwort auf die zweite, den Sachverständigenausschuß betreffende Note wird Poincaré einige Änderungen des vorgeschlagenen Textes der gemeinsamen Einladung an die Vereinigten Staaten fordern, insbesondere aber verlangen, daß die Enquete sich ausschließlich nur auf die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands beziehe und daß bedingungslos alle Rechte der Reparationskommission gewahrt bleiben.

Paris, 31. Oktober. (Savas.) Dem „Temps“ zufolge wird England den Alliierten vorschlagen, den Sachverständigenausschuß im November nach Berlin einzuberufen.

Deutschland darf sich nicht rasch erholen!

Eine Rede Poincarés, geipelt mit Angriffen gegen die Alliierten. — Schlechte Aussichten für die Sachverständigenkonferenz.

Paris, 1. November. (Savas.) Poincaré hielt in Rebers eine Rede, in welcher er u. a. ausführte: Frankreich wurden Garantien gegen neue Angriffe zugesagt, es wurde ihm Schadenersatz zuerkannt und deshalb hat Frankreich den Frieden, welcher das Minimum seiner Forderungen erfüllt, vertrauensvoll unterzeichnet. Bald aber haben einige Verbündete darauf vergessen, daß sie den Kaiser energisch vor den Nichterstuhl forderten, andere wiederum haben, unzureichende Garantieverträge anbietend, ihr Versprechen zurückgezogen oder den Friedensvertrag, an welchem sie mitgearbeitet haben, nicht ratifiziert. Die von Sachverständigen unterstützte Reparationskommission hat das Recht, nach neuen Quellen für die Bedienung der deutschen Finanzen zu forschen und die deutsche Valutasituation zu überprüfen. Niemand darf aber verlangen, daß sie etwas gegen die Beschlüsse tue, durch welche die Höhe unserer Forderungen festgesetzt worden ist. Welch eine Gefahr wäre es, wenn das morgen, von einem Teile der Schulden befreite Deutschland sich rasch erholen, reich, mächtig und herrschaftlich würde. Wir fordern kein Gebiet, wir achten die Freiheit aller Nationen und wünschen die vertraulichsten und freundschaftlichsten Beziehungen mit den Alliierten aufrechtzuerhalten. Wir wollen bloß, daß die gutnachbarlichen Beziehungen zu Deutschland erneuert werden, doch existiert der Friedensvertrag, welcher mit dem Blute unserer Gefallenen besiegelt ist, ein Vertrag, welcher für uns ein Heiligtum bildet und der unangefastet bleiben muß. Frankreich zeigte Geduld und forderte vergeblich

drei Jahre hindurch vom Deutschen Reiche, daß es sich ausgleiche. Das Reich hat dagegen einen Bankrott organisiert und bot so das paradoxeste Schauspiel eines ruinierten Landes, von dem der eine Teil auf den Bettelstab gebracht wurde, während der andere unermeßliche Reichtümer besitzt und nicht zahlen will. Eine starke, internationale Verpflichtungen respektierende Regierung könnte diesen Teil zum Zahlen zwingen. Aber es besteht keinerlei Mut, die vom kaiserlichen Geist vergiftete Bureaucratie loszuwerden, die Propaganda des Vergeltungsgeistes und des Hasses zu verhindern sowie die Reichswehr und die grüne Polizei, diese bedrohliche unabhängige Macht, zu reduzieren. Die Anarchie ist nach der Okkupation des Ruhrgebietes gewachsen und macht allein an dem Tage halt, als die Zertrümmerung des Reiches droht, sie stand still, erschreckt durch die traurigen Erfolge.

Der wahnsinnige Starrsinn hat Frankreich auferlegt, Pfänder zu nehmen. Diese wird Frankreich bis zur vollen Bezahlung behalten. Wir sehen den letzten Krämpfen des Widerstandes zu. Es ist jetzt nicht der geeignete Augenblick zur Aenderung unseres Vorgehens und wir werden es auch nicht ändern. Wir wünschen eine rasche Lösung der Reparationsfrage im vollen Einvernehmen mit den Alliierten, lassen aber keinerlei Reduktion unserer Forderungen zu, wir gehen von unseren Rechten nicht ab, wir entsagen nicht den Pfändern und lassen nicht den Friedensvertrag zunichte machen.

Jaspar wagt keine Hände in Anstalt.

Brüssel, 1. November. (Savas.) Minister des Äußeren Jaspar erklärte im Ministerrat, die belgischen Behörden im besetzten Gebiete seien „absolut neutral“ gegenüber der separatistischen Bewegung.

Die Franzosen begnadigen.

Düsseldorf, 1. November. (Savas.) Die Behörden begnadigten zahlreiche wegen der Verweigerung des Gehorsams verurteilte Grubenbesitzer und bewilligten anderen Personen die Rückkehr in das Ruhrgebiet.

Vor Parlamentswahlen in England.

London, 31. Oktober. „Daily Express“ will erfahren haben, daß es gegenwärtig die Absicht der Regierung sei, im Januar Neuwahlen abzuhalten. Die Wahlparole werde die Notwendigkeit für Tarifverhandlungen zur Lösung des Arbeitslosenproblems sein.

Die können leicht Patrioten spielen.

Erst rauben, dann erst recht verdienen.

Warschau, 1. November. Blättermeldungen zufolge haben die größten Latifundienbesitzer Graf Potoki und Graf Landocowski ihre „Bereitschaft“ erklärt, die gesamten Aktien der zu gründenden Emissionsbank zu zeichnen. Der von diesen beiden polnischen Aristokraten zu zeichnende Betrag beträgt 125 Millionen Schweizer Franken.

Keine Abrüstung in Rußland.

Moskau, 31. Oktober. (RTA.) In dem von Trotski erlassenen Heeresbefehl anlässlich der sechsten Jahresfeier der Oktober-Revolution heißt es: Der Sowjetbund begehrt die sechste Jahresfeier angesichts großer Ereignisse in Europa. Mehr als je sind wir von dem Willen erfüllt, die Unabhängigkeit des Sowjetbundes zu wahren und seine Zukunft zu sichern. Unsere Sympathien sind auf Seiten aller Werktätigen aller Länder. Unsere Bemühungen sind auf die Sicherung des Friedens gerichtet. Die militärische Wachsamkeit der Sowjetregierung wird nicht nachlassen, solange der Imperialismus räuberische Absichten hegt.

Inland.

Was hat Minister Sramel gesagt?

In unserer Mittwochnummer haben wir über die Klubmännerkonferenz des Senates berichtet und einer Bemerkung des in der Sitzung als Vertreter der Regierung erschienenen Ministers Sramel Erwähnung getan, in der die Schuld dafür, daß die Sozialversicherung nicht mehr durchzuführen werden könne, auf den sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses, der in den Sommermonaten hätte tagen können, geschoben wurde. Das tschechische Preßbüro verbreitet nun, offenbar über Auftrag des Ministers Sramel, die Mitteilung, daß die Nachricht nicht den Tatsachen ent-

Letzte Nachrichten.

Ausprache mit Stresemann.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Auf Einladung erschienen in den Abendstunden die Vertreter der Reichstagsfraktion beim Reichskanzler, um ihm die Forderungen der Sozialdemokratie zu überreichen. Die Ausprache zeitigte kein Ergebnis. Man kam überein, die Besprechung morgen nachmittags fortzusetzen.

Für morgen vormittag sind die bürgerlichen Koalitionsparteien zum Kanzler geladen, um deren Stellungnahme zu den sozialdemokratischen Bedingungen zu hören. Sodann soll das Reichskabinett zur entscheidenden Beschlußfassung zusammentreten.

Ein Eisenbahnunglück in Smirig.

Die Staatsbahndirektion in Königgrätz teilt mit: Gestern nachmittags stieß in der Station Smirig ein Zug der Lokalbahn infolge falscher Weichenstellung auf ein blockiertes Geleise, wobei die Zuglokomotive und ein Lastwagen entgleisten. Hierbei wurden neun Fahrgäste und ein Heizer durchwegs leicht verletzt. Der Verkehr wurde nicht gestört.

Gegenüber diesem Ablehnungsversuche stellen wir fest und können uns dabei auf die Zeugenschaft sämtlicher in der betreffenden Klubmännerkonferenz anwesenden Senatoren berufen: In der erwähnten Sitzung hat Senator Dr. Heller gegen die Regierung die Beschwerde erhoben, daß durch die verspätete Einberufung des Parlamentes zur Durchberatung selbst der allerdingsten Vorlagen nur eine äußerst knappe Zeit zur Verfügung stehe und daher schon deshalb, also aus Mangel an Zeit, klar ersichtlich sei, daß die Sozialversicherungsvorlage zum festgesetzten Termin nicht werde verhandelt werden können, wofür er die Regierung verantwortlich machen muß. Darauf antwortete Sramel, daß die Regierung keine Schuld treffe. Im übrigen hätte der sozialpolitische Ausschuß, der schon im Sommer gewählt wurde, während der Sommerferien tagen können, was er aber so gut wie unterlassen habe. Der „Richtigstellung“ des tschechischen Preßbüros gegenüber bleibt die Tatsache bestehen, daß Herr Minister Sramel, wenn er vielleicht auch nicht wörtlich von einer „Schuld“ des Sozialversicherungsausschusses des Abgeordnetenhauses sprach, so doch im Sinne und Gedankengänge diesen dafür verantwortlich machte, daß die Beratung der Sozialversicherungsvorlage bis zum heutigen Tage in den primitiven Anfängen steckgeblieben ist. In dem Eifer, die Regierung zu verteidigen, hat Herr Sramel eben ein wenig zu viel getan, was ihm nun, da sich die Mitglieder des Sozialversicherungsausschusses des Abgeordnetenhauses naturgemäß dagegen wehren, die Schuld für die Verschleppung der Sozialversicherung zu tragen, einigermaßen peinlich geworden ist. Alles Ableugnen kann aber nicht die Richtigkeit unserer Darstellung verdecken!

Die Nationalsozialisten und die Arbeitsgemeinschaft. Wir erhalten folgende Zuschrift: Auf Grund des § 19 des Preßgesetzes ersucht der gefertigte Klub um Aufnahme folgender Berichterstattung der in der Nummer 252 Ihres Blattes vom 28. Oktober auf Seite 4 enthaltenen Artikel „Ein Jahr später“ und „Vor Sessionbeginn“. Es ist unklar, daß den deutschen Nationalsozialisten, als sie sich an den Verhandlungen des Bundes der

Vater Goriot.

28

Von Honoré de Balzac.

Das war alles, was ein gewisser Muzet, der Goriot's Geschäft gekauft hatte, aus dem Vorleben des alten Mannes wußte. Die Vermutungen der Herzogin von Langeais stimmten durchaus. Damit schließt die Exposition dieser dunklen, furchtbaren Pariser Tragödie.

Im Laufe der nächsten Woche erhielt Rastignac zwei Briefe. Der eine war von seiner Mutter, der andere von seiner ältesten Schwester. Beim Anblick der ihm so vertrauten Handschriften zitterte er vor Glück und Furcht. Der Brief enthielt das Urteil über Tod und Leben seiner Hoffnungen und Wünsche.

Die Not seiner Angehörigen machte ihm Sorge, andererseits konnte er ihre Liebe zu gut, um nicht zu wissen, daß sie bereit wären, ihm ihr Herzblut zu opfern. Der Brief der Mutter lautete folgendermaßen:

„Mein teures Kind, ich schide Dir die Summe, um die Du mich gebeten hast. Benütze das Geld gut; selbst wenn es um Dein Leben ginge, könnte ich einen so beträchtlichen Betrag ein zweites Mal ohne Wissen Deines Vaters nicht ausbringen, und ich möchte die Harmonie unserer Ehe nicht gefährden. Um uns eine so hohe Summe zum zweitenmal zu verschaffen, müßten wir Hypotheken auf unser Land aufnehmen. Ich kann die Bedeutung von Plänen, die ich nicht kenne, unmöglich beurteilen, aber welcher Art sind sie, warum fürchtest Du, sie mir anzubekunden? Solch ein Erklärung erfordert nicht Bände; wir Mütter brauchen nur ein Wort, um zu begreifen, und dieses Wort hätte mir die Angst der Ungewißheit erspart. Lieber Sohn, welches Gefühl hat Dich verleitet, mein Herz in solche Unruhe zu stürzen? Du hast sicherlich gelitten, als

Du mir schriebst; meine Leiden waren beim Lesen Deines Briefes nicht weniger groß. In welche Bahn willst Du Dich stürzen? Sollten Dein Glück und Dein Leben daran gebunden sein, zu schweben, was Du nicht bist? In der vornehmen Welt zu verkehren, in der Du nicht auftreten kannst, ohne Ausgaben zu machen, denen Du nicht gewachsen bist, ohne Zeit zu verlieren, die Du für Deine Studien brauchst? Mein guter Eugen, glaube dem Herzen Deiner Mutter, gewundene Wege führen zu nichts Gutem. Geduld und Resignation müssen die Tugenden junger Leute in Deiner Lage sein. Ich mache Dir keine Vorwürfe, ich möchte nicht, daß unsere Gabe für Dich mit bitteren Empfindungen verbunden sei. Du hörst die Worte einer Mutter, die unbedingt vertraut, aber Gefahren voraussieht. Du bist Dir Deiner Verpflichtungen bewußt; ich weiß, wie rein Dein Herz ist und wie ausgezeichnet Deine Absichten sind. Darum kann ich Dir ohne Furcht sagen: Geh Deinen Weg ruhig weiter, mein geliebter Sohn! Ich zittere als Mutter, aber unsere Wünsche und unser Segen geleiten all Deine Schritte. Sei vorsichtig, geliebtes Kind. Du bedarfst der Weisheit und Voraussicht eines reifen Mannes. Du hast das Schicksal von fünf Menschen, die Dir teuer sind, in Deinen Händen. Ja, all unsere Erwartungen ruhen in Dir, und Dein Glück ist unser Glück. Wir alle bitten Gott, Dir in Deinem Vorhaben beizustehen. Deine Tante Marcelline war auch diesmal rührend gut, sie hat begriffen, was Du über Handschuhe schreibst. Sie habe eine Schwäche für den Ateleten, sagte sie heiter. Mein Eugen, liebe Deine Tante; was sie für Dich getan hat, werde ich Dir erst verraten, wenn Du Erfolg haben wirst, sonst würde Dir ihr Geld die Finger verbrennen. Ihr Kinder wißt nicht, was es bedeutet, all seine Aandenken zu opfern. Aber was würde man nicht für Euch opfern? Ich soll Dir bestellen, daß sie Dich auf die Stirn küßt und Dir mit diesem Kuß die Kraft übertragen möge,

glücklich und stark zu werden. Sie hätte Dir selbst geschrieben, wenn sie nicht die Sicht in den Händen hätte. Deinem Vater geht es gut. Die Ernte von 1819 hat unsere Hoffnungen übertroffen. Lebe wohl, geliebtes Kind. Ich sage Dir nichts über Deine Schwwestern. Laura schreibt auch. Ich gönne ihr die Freude, Dir die kleinen Ereignisse der Familie zu erzählen. Möge Dir der Himmel einen Erfolg schenken. O ja, komm voran, mein Eugen; ich habe, als Dein Brief kam, zu sehr gelitten, um diese Schmerzen zum zweitenmal ertragen zu können. Da ich Geld für mein Kind brauchte, kam mir zum Bewußtsein, was Armut bedeutet. Aber nun leb wohl. Laß uns nicht ohne Nachrichten und sei von Deiner Mutter herzlichst geküßt.“

Eugen las diesen Brief mit Tränen, er dachte an Vater Goriot, der sein vergoldetes Silber einlösen, um die Wechsel seiner Tochter einzulösen. „Meine arme Mutter hat ihren Schmutz eingeschmolzen!“ sagte er sich. „Meine Tante hat sicher geweint, als sie ihre Reliquien veräußert hat. Mit welchem Recht habe ich Anastasie verflucht? Für meine Zukunft habe ich nicht weniger Opfer gefordert, als sie für ihren Geliebten. Wer ist besser, sie oder ich?“ Er empfand einen unerträglichen Schmerz. Er wollte auf die Welt verzichteten und das Geld nicht annehmen. Er machte sich Selbstvorsätze, deren Wert Menschen, wenn sie ihresgleichen beurteilen, selten nach ihrer wahren Bedeutung erfassen, und doch wird um ihretwillen der von den Juristen der Welt verurteilte Verbrecher von den Engeln des Himmels freigesprochen. Rastignac öffnete den Brief seiner Schwester, ihre kindlich unschuldigen Wendungen machten ihn wieder froh.

„Dein Brief ist im richtigen Augenblick gekommen, lieber Bruder. Agathe und ich hatten soviel verschiedene Bestimmungen für unser Geld, daß wir nicht mehr wußten, was wir machen sollten. Gleich dem Diener des spanischen Königs,

der die Uhren seines Herrn umgestoßen hat, hast auch Du uns wieder ins Gleichgewicht gebracht. Wirklich, wir stritten fortwährend, welcher unserer Wünsche am dringendsten nach Erfüllung verlangte, aber auf die Verwendung, die all unsere Wünsche in sich barg, waren wir nicht gekommen. Agathe hat einen Freudenprung gemacht. Mit einem Wort, wir waren halb toll vor Aufregung, so daß Mutter in strengem Ton sagte hat: Aber was ist denn heute in euch gefahren? Wenn wir Schelte bekommen hätten, ich glaube, dies hätte uns nur noch glücklicher gemacht. Es muß für eine Frau ein großes Glück sein, für den Mann, den sie liebt, zu leiden! Nur ich war trotz meiner Freude vertraunt und traurig. Ich hatte mir zwei Gürtel und einen hübschen kleinen Stecher gekauft, um Schnürlöcher in mein Korsett zu bohren, törichte Dinge, so daß ich weniger Geld hatte als die dicke Agathe, die sparsam ist und ihre Taler wie eine Elster hütet. Sie hatte zweihundert Franken! Ich, mein armer Freund, habe nur fünfzig Taler. Wie bin ich bestraft! Ich möchte meinen Gürtel in den Brunnen werfen, es wird mir immer peinlich sein, ihn zu tragen, ich habe Dich bestohlen. Agathe war bezübert. Sie sagte: wir wollen ihm zusammen dreihundertfünfzig Franken schiden. Aber ich muß Dir die Dinge so berichten, wie sie sich zugetragen haben! Weißt Du, wie wir's angestellt haben, um Deine Wünsche zu erfüllen? Wir haben unsern Schatz genommen und sind zusammen spazieren gegangen. Raun waren wir auf der Landstraße außer Schwelche, so sind wir nach Ruffey gelaufen und haben die Summe dem Postmeister, Herrn Grimbert, übergeben. Als wir wiederkamen, waren wir leicht wie die Schwalben. Sollte das Glück uns so beschwingen? fragte Agathe. Wir haben uns taufenderlei erzählt, aber das will ich Dir nicht verraten, es war zuviel von Dir die Rede.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirte, der Christlichsozialen und Deutschdemokraten behufs Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft“ beteiligen wollten, zu verstehen gegeben wurde, daß ihre Anwesenheit unerwünscht sei, beziehungsweise, daß ihnen die Türe geschlossen wurde. Wahr ist vielmehr, daß von keinem Mitgliede des gefertigten Klubs ein solcher Schritt getan wurde und daß daher die obgenannten Parteien gar nicht in die Lage kommen konnten, die Beteiligung derselben an den Beratungen, die zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ führten, abzulehnen oder irgend einem Mitgliede des Klubs die Türe zu weisen. Parlamentarische Vereinigung der deutschen Nationalsozialisten, Prag-Rudolfsheim. Der Vorsitzende: Jng. R. Jung. — Wir geben diese Zuschrift wieder und konstatieren gerne, daß: die an so manchen schon gewöhnten Nationalsozialisten einen Fußtritt weniger erhalten haben.

Änderung des Vereinsgesetzes. Mit einer Entscheidung vom 21. Dezember 1922 hat das Oberste Verwaltungsgericht ausgesprochen, daß die Aufnahme von Verfügungen in den Vereinsstatuten darüber, was mit dem Vermögen des Vereines im Falle einer Auflösung zu geschehen hat, nur für den Fall einer freiwilligen Auflösung Gültigkeit haben, im Falle einer behördlichen Auflösung jedoch nicht gelten. Das Erkenntnis spricht klipp und klar aus, daß im Falle einer behördlichen Auflösung die Behörde über das Vermögen verfügt. Um diesen unbilligen Zustand zu beseitigen, hat der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag überreicht, der die Zulassung von Bestimmungen in die Vereinsstatuten über die Verwendungs des Vereinsvermögens auch für den Fall einer behördlichen Auflösung für zulässig erklärt wird.

Wer sind die Schuldigen an dem Ostrauer Eisenbahnunglück?

Die Direktion der tschechoslowakischen Staatsbahnen in Olmütz ersucht uns im Sinne des § 19 des Pressegesetzes vom 17. Dezember 1882 um Aufnahme folgender amtlichen Berichtigung zu dem am 23. Oktober 1923 abgedruckten Artikel „Wer sind die Schuldigen an dem Ostrauer Eisenbahnunglück“. Es ist unwahr, daß Herr Johann Rebil, Zentralinspektor der tschechoslowakischen Staatsbahnen, als Personalreferent der Olmüzer Staatsbahndirektion die ihm unterstellten Leute nicht nach ihrer Fähigkeit und Fachkenntnissen behandle, sondern daß er sich von dem Bestreben leiten lasse, die deutschen Eisenbahner unschädlich zu machen; ferner ist unwahr, daß der genannte Funktionär überall dort, wo eine tschechische Minoritätsschule zu wenig Kinder hat, mit Verletzung deutscher in tschechische Stationen und mit Erfolge dieser Deutschen durch kinderreiche Tschechen nachhelfe. Es ist vielmehr wahr, daß die Staatsbahndirektion Olmütz und auch für den genannten Funktionär als Vorstand der Abteilung für Personalangelegenheiten bei Personalverfügungen ausschließlich dienstliche Gründe und Interessen maßgebend sind. Es ist unwahr, daß auf diese Weise erprobte Eisenbahner in alle Winde zerstreut würden und daß in die Stationen auf die verantwortlichen Posten junge, kaum dem Anaberalter entwachsene Leute kämen, lediglich mit der Qualifikation, daß sie stramme nationale Tschechen sind; es ist vielmehr wahr, daß bei der Besetzung der Dienstposten nicht die Nationalität, sondern einzig und allein die dienstliche Qualifikation im Sinne der geltenden Vorschriften in Betracht kommt. Es ist unwahr, daß die wirklichen Schuldigen an dem schweren Eisenbahnunglück auf der Strecke Mähr. Ostrau—Friedel—Mistel am 17. Oktober d. J. in der Leitung der Olmüzer Bahndirektion zu suchen wären und daß der Hauptschuldige daher Zentralinspektor Johann Rebil sei; wahr ist vielmehr, daß der genannte Funktionär in keinem wie immer auch gearteten, weder direktem noch indirektem Zusammenhang mit dem genannten Eisenbahnunglück steht. Adjunkt Josef Jelina, der nach der bereits abgeschlossenen Voruntersuchung als Hauptschuldiger zu betrachten ist, ist nicht tschechischer, sondern deutscher Nationalität. Derselbe befindet sich bereits vom 20. Juli 1914 in Eisenbahndienst. Es besteht somit gar kein Zusammenhang zwischen diesem Eisenbahnunglück und der angeblichen Besetzung der Dienstposten durch ungenügend qualifizierte, aus nationalen Motiven bevorzugte junge Bedienstete tschechischer Nationalität. Es ist endlich unwahr, daß Herr Zentralinspektor Johann Rebil als Personalreferent der Olmüzer Staatsbahndirektion in der kurzen Zeit seines Bauspäter Aufenthaltes fast das ganze Stationspersonal aus Bausch in tschechische Stationen versetzt hätte; vielmehr entspricht es der Wahrheit, daß im Laufe dieses Jahres von den neun Bediensteten des Bahnstationsamtes Bausch nur drei Bedienstete versetzt wurden und zwar: der Stationsvorstand Oberoffizial Franz Hall, auf eigenes Verlangen als Stationsvorstand des Bahnstationsamtes in Dittersdorf, ferner Offizial Franz Sedlaczek zum Bahnbetriebsamte in Prebran, aus dienstlichen Gründen wegen Unnormierung des betreffenden Dienstpostens für niedrigere Bedienstetenkategorie, auf einen seiner Dienstleistungsbezug überzählige Ausschreibungsbeleg Ulrich Slamagna (tschechischer Nationalität) zum Bahnbetriebsamte in Sternberg. Es waren somit auch bei diesen Verfügungen ausschließlich dienstliche und nicht nationale Motive maßgebend. Mit vorzüglicher Hochachtung: Reditel statisch drach (Unterschrift unleserlich).

Nach dem § 22 des Pressegesetzes dürfen weder Zusätze noch Bemerkungen über den Inhalt einer amtlichen Berichtigung gemacht werden.

Tages-Neuigkeiten.

Der sonderbare Deutsche Mieterschutzverband. Der Verband der deutschen Mieterschutzvereine, dessen Reorganisation vor einigen Tagen auf dem Verbandstage in Böhm.-Leipa in so wenig versprechender Weise in Angriff genommen wurde, übt Methoden, die nicht geeignet erscheinen, das Vertrauen zu der Neutralität dieser angeblich unpolitischen Körperschaft zu erhöhen. Schon gewisse Handlungen der Ortsvereine dieses Verbandes während der Gemeindevahlen waren äußerst bedenklich, so vor allem das Vorgehen der Ortsgruppe Ruppertsdorf (bei Reichenberg) und das Eingreifen des Verbandes in den Wahlkampf durch einen Aufruf im Verbandsblatt und durch Flugzettel, in denen den Vereinsmitgliedern gewisse Parteien empfohlen werden, und zwar die kommunistische an erster Stelle. Damit hat der Verband — der, was festgesetzt werden muß, in den Flugblättern auch unsere Partei für die Wahl vorschlug — politische Stellung genommen und durch die Bevorzugung einer Partei auch erkennen lassen, woher der Wind bläst. Darauf hat auch jüngst unser Reichsberger Parteiblatt, der „Freigeist“, hingewiesen, als er behauptete, daß der Deutsche Mieterschutzverband Parteipolitik treibt. Diese Behauptung nahm der Verband zum Anlaß, gegen den „Freigeist“ die Klage einzubringen, über die am 6. November in Reichenberg verhandelt werden soll. Daraus, daß der Verband ein sozialdemokratisches Blatt vor den Richter zitiert, geht wohl für alle unsere Parteigenossen klar hervor, wie es um die Neutralität dieser angeblich nur wirtschaftlichen Vereinigung bestellt ist. Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß der famose Verband etwa ein bürgerliches Blatt, z. B. den „Daidaer Volksanzeiger“, der ähnliche Vorwürfe gegen jenen richtete wie der „Freigeist“, aus diesem Grunde geklagt hätte. Diesen traurigen Mut bringt die treffliche Verbandsleitung nur gegen ein Organ der deutschen Sozialdemokraten auf! Angesichts solchen Verhaltens werden wir wohl überlegen müssen, wie wir uns künftighin zu dieser Organisation stellen. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wird nach wie vor die Interessen der Mieter, die bei ihr in besseren Händen liegen, mit aller Energie vertreten und die Anwesenheit zweier unserer Abgeordneten auf dem Leipziger Verbandstage hat unseren Willen zu gutem Einvernehmen mit besonderen Mieterschutz-Organisationen neuerdings bewiesen, während die Kommunisten, deren direktem Einfluß die Verbandsleitung untersteht, zu dieser Tagung auch nicht einen Vertreter entsandt hatten. Einer „Neutralität“ aber, die sich auch weiter planmäßig gegen uns richtet, würden wir natürlich etwas anders begegnen.

Patentreuzler als „Mieterfreunde“. Dieser Tage brachten wir einen Bericht über eine Sitzung der Komotauer Stadtvertretung, in der sich die Deutschnationalen als die geschworenen Mieterfeinde entlarften und die Nationalsozialisten schließlich mit südhäuerlichen Mienen gegen ihre guten Freunde in aus der Hausbesitzerpartei stimmten mußten. Daß diese Schwärzung der Nationalsozialisten in der Komotauer Stadtvertretung nur ein demagogischer Schwindel war, beweist die Tatsache, daß die Nationalsozialisten in Sporitz und Oberdorf — die Macht haben der dortigen Hausbesitzervereine sind. Es sind nicht nur die Obmänner der Hausbesitzervereine in beiden Orten bekannte und politisch exponierte Deutschgelbe, — in Sporitz ist sogar die ganze nationalsozialistische Gemeindefraktion dem Ausschuh des Hausbesitzervereines entnommen! Diese Tatsachen verdienen für den Fall festgehalten zu werden, daß es den Deutschgelben in ähnlicher Weise wie in Komotau auch in anderen Orten einfallen könnte, sich in demagogischer Weise als die „Mieterfreunde“ anzupreisen.

Der Kampf gegen die deutsche Schule. Mit dem Erlaß des Funktionärs des Landesschulrates in Prag vom 30. August 1920, Z. IV.6414 wurden die Ortsschulen Offel und Sedlitz mit den dazu gehörigen Einschichten von der Schulgemeinde Thurnplandes (Bezirk Krámmann) ausgeschlossen und der Schulgemeinde Briethal zugeschlacht und gleichzeitig die auf diese Weise geschwächte deutsche zweiklassige Schule in Thurnplandes auf eine Klasse reduziert. Der dagegen eingebrachte Rekurs wurde mit dem Erlaß des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur vom 24. April 1923, Z. 46.631 als unbegründet abgewiesen. Fast drei Jahre hat das Ministerium zu einer Entscheidung gebraucht, die nichts anderes bedeutet, als die Sanktionierung einer nur zum Zwecke der Reduzierung der deutschen Volksschule in Thurnplandes getroffenen widerrechtlichen Verfügung des Landesschulratsfunktionärs. Die Ortsschulen Offel und Sedlitz mit ihren Einschichten waren seit dem Bestande der Schule in Thurnplandes, das ist seit dem Jahre 1787 (!) bei der Schulgemeinde Thurnplandes und haben auch gemeinsam zum Schulerweiterungsbau im Jahre 1878 anteilmäßig beigetragen. Der Weg von diesen beiden Ortsschulen und den Einschichten beträgt nach Briethal hingegen vier bis zwei Kilometer, nach Briethal hingegen vier bis fünf Kilometer. L. G. S. § 9 des Gesetzes vom 19. Februar 1870, L. G. Bl. 22 neben den Grenzen des Gemeindegebietes, welche im gegebenen Falle weder für Thurnplandes noch für Briethal in Betracht kommen, der Hauptgrund der Einschichtung zu einer bestimmten Schule die Erleichterung des Schulbesuches darstellt, so muß aus diesem Grunde allein die vom Landesschulrate angeordnete Ausschichtung als gesetzwidrig angesehen werden. Gegen diese ungesetzliche Entscheidung wenden sich in einer Inter-

pellation an den Schulminister die Abg. Genossen Dietl, Hofmann und Deusch, und stellen an den Minister die Anfrage, wie er die Bestätigung einer derartigen ungesetzlichen Entscheidung zu rechtfertigen vermag, die in krassem Widerspruch mit dem Willen der Dr. Sinteressenten und ohne deren Befragung erlassen ist und einen 130jährigen erprobten Zustand einer Laune des damaligen Landesschulratsfunktionärs opferie.

Das Benehmen eines staatlichen Prüfungskommissärs. Im Monat September hat der Prüfungskommissär Schilling die Postangestellten des Postamtes 2 in Jägerndorf einer Prüfung unterzogen, um festzustellen, welche Kenntnisse sich die Angestellten in der Staatsprache erworben haben. Bei diesen Prüfungen, welche vor den offenen Schaltern des Postamtes vorgenommen wurden, sind die Angestellten in grober Art beleidigt worden. Der Prüfungskommissär hat die Angestellten mit dem „Hinaus-schmeißen“ aus dem Dienste bedroht und andere unqualifizierbare Ausdrücke gebraucht. Im Senat richteten daher die Senatoren Linz und Polach folgende Anfrage an den Postminister: Ist der Minister für Post und Telegraphen bereit, den Prüfungskommissär Schilling wegen seines unqualifizierten Benehmens den Postangestellten gegenüber zur Verantwortung zu ziehen und dafür zu sorgen, daß dieser Prüfungskommissär nicht wieder in einem anderen Orte die Angestellten in ähnlicher Weise beleidigt?

Die Knopfmärk. Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: Die Zahlungsmittel und die Geldprojekte wachsen wie die Pilze aus dem Moder des alten verwestenden Geldsystems. Wer in einer Zeitungsbredaktion sitzt, kann ein Lied singen von dem Ansturm der Sanierungspläne, die nach Aussage der Verfasser stets allein fähig zur Rettung des Landes seien. Eine besonders lustige Variante bildet ein Aufsatz „Suchet, so werdet Ihr finden“ — womit gemeint ist: die Knopfmärk. Das Ende aller Sorgen ist damit erreicht. Ein Hemdenknopf (Vorzellan usw.) soll eine Mark, ein Weiszeugknopf zwei Mark, ein kleiner Hosknopf aus Blech drei Mark und ein Mantelknopf aus Horn gar 100 Mark wert sein usw. Der Verfasser meint: „Ihre Einführung würde sich rasch und leicht vollziehen, da unsere Hausfrauen schon vorweg damit vertraut sind. Zur genaueren Orientierung bedürfen sie nur noch der Wertbezeichnung durch Ausprägung.“ Die Reichen würden also fortan mit 1000 Markknöpfen (aus Perlmutter, bitte!) ausgestattet, leicht erkenntlich sein, während die armen und menschenscheuen Leute nur mit Hemdenknöpfen „zugknöpft“ wären. Ganz besonders wird sich das Ausland über die ihm als Exportware zugesandten Knopfmärken oder Markknöpfe freuen und uns dafür reichlich mit Weizen, Fett und Metall entschädigen. Es ist nur zu fürchten, die Knopfmärkinfestation werde schließlich dahin führen, daß der normale Deutsche zwar reichlich Knöpfe, aber nichts befäße, wovon er sich ernähren könnte.

Der Berliner „Vorwärts“ im Rheinland verboten! Wie erst jetzt bekannt wird, ist der „Vorwärts“ von der Besatzungsbehörde für das besetzte Rheinland sowohl wie für das Einbruchgebiet an der Ruhr dauernd verboten. Bisher wurden die „Vorwärts“-Pakete vielfach aus den Zügen geholt und ihre Verteilung durch die Post verhindert.

Ein pflichtgetreuer Abgeordneter. Bei der Listenprüfung im deutschen Reichstag, anlässlich der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, stellte sich heraus, daß der Reichstagsabgeordnete Landwirt Dietrich Dannemann aus Thunheim, Post Oldenburg, seit drei Jahren noch nie im Reichstag erschienen und selbst seinen volkspartheilichen Fraktionsgenossen völlig unbekannt war.

Entwaffnung einer Halenkreuzerbande. Wie aus Voitsberg in Steiermark berichtet wird, hielten dort die Nationalsozialisten am letzten Sonntag eine Versammlung ab, zu der bewaffnete Halenkreuzer aus Graz mit einem Auto herbeigebracht wurden. Die Versammlung war aber so zahlreich von unseren Genossen besucht, daß ein Genosse zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der Halenkreuzerführer Redner, dem zehn Minuten Redezeit gegeben wurden, versuchte, durch Verleumdungen die sozialdemokratische Partei herabzusetzen. Nachdem ein Genosse auf diese Verleumdungen geantwortet hatte, kam es im Vorraum des Versammlungssaales zu erregten Szenen, da die anwesenden Halenkreuzer sich mit ihren Waffen zu schafften machten. In diesem Augenblicke wurde von der Straße aus die Spritze der Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt, die die Halenkreuzer etwas abkühlte. Inzwischen war Gendarmerie erschienen und entwaffnete die Halenkreuzer, denen vierzig Revolver, zwanzig Lotschläger, Schlagringe und dergleichen mehr abgenommen wurden. Unter Pfuirufen der anwesenden Menge mußten dann die Halenkreuzer — allerdings unbewaffnet — abziehen. Vor der Abfahrt besaßen sie noch die Frechheit, zu verlangen, daß ein Genosse als Geiselmitschläger, der erschoßen (?) werde, wenn jemandem auf der Heimfahrt etwas geschehe. Dieses Aninnen wurde natürlich abgelehnt.

Die Auswanderung aus Deutschösterreich. Wie „Das Neue Wiener Tagblatt“ meldet, dürfte die Zahl der Auswanderer von Deutschösterreich nach der Uebersee im laufenden Jahre nahezu 20.000 erreichen. Im Jahre 1921 betrug sie annähernd 5000 und im Jahre 1922 10.000 Personen.

Neue Kohlenfelder in Engadine. Neuer meldet aus Nottighamshire, daß dort in einer

Tiefe von 9000 Yards neue Kohlenfelder angebohrt wurden. Man erwartet eine Produktion von 5000 Tonnen täglich. Die Felder befanden sich vor dem Kriege im Besitze einer deutschen Gruppe.

Das Attentat in Sofia. Der bulgarische Minister des Innern, Rusev, erklärte Mittwoch Journalisten gegenüber, die Regierung verwerfe die gestern gegen den ehemaligen Minister Genadjev begangene Tat. Derselbe beweise, daß die während des früheren Regimes eingebürgerten Sitten leider noch nicht verschwunden sind. Die Polizei erhielt den strengen Auftrag, alles zur Aufklärung der Mörder zu unternehmen. Der Minister schloß, nach den letzten Meldungen über die Nachforschungen sei die Hoffnung berechtigt, daß die Mörder binnen kurzem verhaftet sein werden.

Einem Wüstling zum Opfer gefallen. Dienstag früh wurde im Volkspark in Warnsdorf die 19jährige Mathilde Wahl aus Groß-Schönau bei Schludenerau in bedauernswertem Zustande aufgefunden. Das Mädchen, das halb ohnmächtig war, lehnte an einem Baum und war ganz mit Blut besudelt. Bei der Einnahme gab das Mädchen an, daß sie am Montag nach Rumburg gekommen sei und dort einen gewissen Josef Klinger kennengelernt habe, der ihr in Warnsdorf einen Posten zu verschaffen versprochen. In Warnsdorf sei sie dann mit Klinger in verschiedenen Gasthäusern gewesen und war am Abend vollständig berauscht. Klinger wollte sie dann zum St. Georgenthaler Bahnhof begleiten. Was weiter mit ihr geschehen sei, weiß das Mädchen nicht anzugeben. Als es aus ihrer Betäubung erwachte, fand es sich mit den Händen des Untertodes an einen Baum des Volksparkes angebunden und war bis auf die Unterleiber entblößt. Die Befreiung ihrer Kleider durch Blut rührt von zwei Stichwunden in der Brust her. Das Mädchen ist sofort ins Krankenhaus geschafft worden, wo sich sein Zustand gebessert hat. Die Verletzungen der Brust sind tiefe klaffende Stiche. Die Gendarmerie hat sofort Nachforschungen nach dem Wüstling, der sich Klinger nennt, aufgenommen, doch konnte derselbe bis jetzt nicht ausgeforscht werden.

Die Oderschiffahrt. Im Verkehrsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde gestern die Regierungsvorlage betreffend die Regelung des Verhältnisses der tschechoslowakischen Staatsverwaltung zu der tschechoslow. Oderschiffahrts-Aktiengesellschaft verhandelt. Die Regierung wird ermächtigt, mit den Unternehmungen „Witkowitz Berg- und Hüttenwerk in Witkowitz“ und „Berg- und Hüttenwerk in Trzyznitz“ einen Vertrag abzuschließen und zu unterzeichnen, durch welchen die tschechoslowakische Oderschiffahrts-Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Staates errichtet wird und durch welche der staatliche Schiffsbau und die Schiffahrts-Einrichtungen auf dem Oberflusse dieser Gesellschaft übertragen wird. Dieser Vertrag ist diesem Gesetze angeschlossen und bildet seinen untrennbaren Bestandteil. Die vom Referenten Abg. Botruba empfohlene Vorlage wurde mit einer formalen Änderung bezüglich der zuständigen Ministerien unverändert angenommen. In der Debatte bemerkte Abg. Genosse Schweichhart, so wie bei der Beratung der Vorlage über die tschechoslowakische Elbschiffahrts-Aktiengesellschaft, müsse er auch hier sein Bedenken geltend machen. Die offiziöse Schiffsbrüderpolitik geht unverkennbar dahin, die tschechischen Gebiete zu bevorzugen. Redner lenkt das besondere Augenmerk auf die tröstliche Lage der tschechoslowakischen Schiffer, die zumeist in Deutschland beschäftigt, durch die vorzugsweise Auszahlung des Lohnes in Mark, samt ihren Familien in Not und Elend geraten sind. Genosse Schweichhart ersuchte die Regierungsorgane, bei den Valutenausgleichsverhandlungen die Interessen der heimischen Schiffer unter allen Umständen zu wahren. Der Referent schloß sich diesem Wunsch an, wobei er bemerkte, daß durch den ungenehmeren Tiefstand der Reichsmark auch die Schiffbrüdergesellschaften schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ein neuer Ostseehafen. In Barth (Vorpommern) ist eine Aktiengesellschaft begründet worden, die den Katherinen-See am Parther Bodden zu einem Hafen von sechs bis sieben Meter Tiefe erweitern und zu einem modernen Ostseehafen ausbauen will. Der neue Parther Hafen soll zunächst der Ostseeschiffahrt dienen. Man hofft ferner, mit dieser Ausbaurung die geplante Fährverbindung Binsch—Trelleborg als Entlastung der Schoner Linie in Verbindung zu bringen.

Wetterüberblick vom 1. November. Das ruhige Herbstwetter hält noch an. Dichter Nebel ergab heute einige Zehntel-Millimeter Niederschlag. Die Tagestemperaturen bleiben noch übernormal, in Prag um 2 Grad Celsius. Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortdauer der herrschenden Witterung.

Prager Chronik.

Verbilligung des Strompreises in Groß-Prag. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Elektrizitätswerke wurde vom Referenten mitgeteilt, daß die Werke durch die Preisermäßigung der Kohle den Betrag von 2.900.000 K ersparen werden. Deshalb wird der Preis für elektrische Energie um ungefähr 15 Prozent ermäßigt werden. Trotz der Vergrößerung des Straßenbahnnetzes wird auch an eine Herabsetzung der Fahrpreise geahndelt werden. Eine Fahrkarte bis zu vier Zonen wird 1 K, über vier Zonen 1.20 K kosten. Außerdem sollen Wochenablässe für 7.20 K eingeführt werden. Ferner sollen einkreisige Abonnementskarten ausgegeben werden, deren Preis zwei Drittel des Preises der heutigen Zweikreisarten betragen wird.

Kleine Chronik.

Deutschlandmüde. Der Zirkusdirektor Hans Stöckh-Sarrasani, der in Deutschland weilt, gab kürzlich bekannt, daß er auf ein Jahr mit seinem Unternehmen Europa verlassen werde, um in den Großstädten Südamerikas zu gastieren. Nur ein paar knappe Andeutungen über den Umfang dieses Unternehmens sind gleichzeitig gemacht worden. Es hieß in der Notiz: Auf dem Dampfer „Danzig“ werden im Spätherbst 300 Artisten, ein Heer von Angestellten und Arbeitern in Hamburg eingeschifft, auf dem Dampfer „Ludendorff“ werden 300 Tiere, 120 Autos und die ganze Zelstadt verladen. Auf die knappe Notiz hin liefen innerhalb von vier Wochen im Büro der Sarrasani-Schau rund 60.000 Bewerbungskarten ein und Tausende von Menschen meldeten sich noch persönlich in den Städten, in denen die Sarrasani-Schau zuletzt gastierte. Es handelt sich hier um eine Massenaktion der Deutschlandmüden, zu der als Beispiel nur die großen Auswandererströme der Goldgräberjahre aus der Mitte des 19. Jahrhunderts herangezogen werden können. Die Briefsammlung, die Sarrasani jetzt besitzt, könnte einem psychologischen Seminar Arbeitsmaterial für mehrere Semester liefern. Hier erklingen alle Motive, die jemals Auswanderungslustige beherrscht haben: Abenteuertrieb, Verzweiflung über unerträgliche Zeit, Trauer über den Verlust einer Vergangenheit, Unzufriedenheit mit politischen Verhältnissen. Ein ehemaliger General der Kavallerie bittet ebenso um Anstellung beim Zirkus Sarrasani wie ein tschechischer Bergmann, der noch 1000 Kronen zugeben will, wie Landleute, die einen förmlichen Kartoffellegen in Aussicht stellen.

Ein unfreiwilliges Bad im Asphaltbehälter. In Canton, Staat Ohio, stürzte der 36jährige W. P. Hassan nachts in den Behälter, in welchem sich die noch warme Asphaltmischung befand. Er steckte bis zu Hals in dem Behälter und rief vergebens um Hilfe. Erst am Morgen kam ein Arbeiter. Mittels einer Axt wurde er aus dem inzwischen erstarrten Asphalt gehoben. Das Bad hat für ihn anscheinend keine üblen Folgen gehabt.

Weitere Vertrustung der englischen Reinigungsindustrie. Das Werkzeug zur Herstellung der öffentlichen Reinigung, die Presse, erfährt in England in der letzten Zeit eine weitere Vertrustung, die fast die ganze englische kapitalistische Presse unter die Herrschaft einiger Pressemagnaten bringt. Lord Rothemere, der Bruder des verstorbenen Presskönigs Northcliffe, Eigentümer der in zwei Millionen Exemplaren erscheinenden „Daily Mail“, verband sich mit einem anderen Zeitungskönig Lord Beaverbrook und kaufte sämtliche im Besitz eines dritten Zeitungsmagnaten Fulton befindlichen Zeitungen auf. Später kaufte Lord Beaverbrook auch noch die bekannte Abendzeitung „Ball Mall Gazette“ auf. Die ausgekauften Zeitungen werden zum großen Teil eingestellt, damit den verbleibenden das Monopol gesichert ist. Große Aufregung herrscht darüber in den Kreisen der Redakteure und der Buchdruckerarbeiter, welche durch die Schließung der Verlage ihren Erwerb einbüßen. Bezeichnend für die Profite, welche diese Unternehmungen erzielen, sind die ungeheuren Verkaufspreise. Angeblich sind durchschnittlich für einen jeden Leser zwei Pfund bezahlt worden. Eine Anleihe des „Daily Mail“ von 20 Millionen Pfund (eine gewaltige Summe!), die zum Zeitungskauf verwendet werden soll, wurde durch die Kapitalisten in einer halben Stunde überzeichnet, so gut scheint ihnen das Geschäft der Reinigungsindustrie. Diese zieht ihre Profite nicht aus dem Verkauf der Exemplare, sondern aus den Einkünften aus Anzeigen. Da diese Einnahmequelle der Arbeiterpresse ziemlich verschlossen ist, da sie sich der Sympathien der Geschäftsleute, die die Anzeigen zu vergeben haben, nicht erfreut, ist ihre Lage in England, wie in so vielen anderen Ländern, keine besonders rosige.

Die Abwanderung der Neger Amerikas vom Süden nach dem Norden dauert an. Georgia, ein Südstaat der Vereinigten Staaten, wird durch die Abwanderung der Neger nach dem Norden in kurzem entvölkert sein. In diesem Jahr sind 640.674 Farmen verlassen worden und außerdem wanderten 70.843 farbige Arbeiter aus. Der Preis des Bodens, der 1919 von 40 auf 75 Dollar pro Acre stieg, ist in Ermanglung jeder Nachfrage ganz tief gesunken: Die Hälfte der Bevölkerung Georgias besteht aus Farbigen, welche der unmenschlichen Behandlung, den rückständigen Agrarverhältnissen — Großgrundbesitz mit abwesenden Grundherren und grausamen Ausschern — völlig ausgeliefert sind. Für den Schulunterricht der farbigen Kinder wurden 15.000 Dollar im Jahr ausgeworfen, gegenüber 735.000 Dollar für den der weißen Kinder. Die Sicherheit des Lebens ist für diese Neger dauernd in Gefahr. Kein Wunder daher, daß sie den herrschenden Arbeitermangel der nördlichen Industriestaaten zum Anlaß nehmen, um sich zu rächen, indem sie ihren Heimatboden verlassen. Die Zahl der in diesem Jahr vom Süden nach dem Norden ausgewanderten Neger wird auf 750.000 geschätzt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Wiederbelebung der Textilindustrie.

Nach einer langen Periode der Arbeitslosigkeit macht sich eine — wenn auch langsam fortschreitende — Wiederbelebung der Produktion in den verschiedenen Industriezweigen bemerkbar. Besonders in der Textilindustrie — und da vorwiegend in der Baumwollindustrie — ist, wie der „Textilarbeiter“ schreibt, eine wesentliche Besserung konstatierbar. Die Spinnereien sind auf längere Zeit hinaus mit Aufträgen versehen. Auch die Baumwollwebereien haben die

schwerste Zeit anscheinend hinter sich. Die Besserung der Konjunktur kommt darin zum Ausdruck, daß in manchen Gebieten mit Ueberständen gearbeitet wird, andererseits zwei Schichten täglich gemacht werden. Wir können also sagen, daß die schlechteste Zeit der Krise für die Textilindustrie in der Tschechoslowakei wohl hinter uns liegt und zu erwarten ist, daß die Kurve der Produktion wieder anhaltend in aufsteigender Richtung verläuft.

Handelsvertragsverhandlungen mit Nordamerika. Montag wurde in Prag durch Noten-austausch ein vorläufiges Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und den Vereinigten Staaten Nordamerikas getroffen, das bis zum Abschluß einer ordentlichen Handelsvertrags die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Vertragsparteien auf Grund der Weistbegünstigung regelt. Von der Weistbegünstigung sind seitens der Republik besondere Begünstigungen, die auf Grund der Friedensverträge Oesterreich oder Ungarn zuerkannt wurden, ausgeschlossen. Das provisorische Abkommen bleibt bis zum Abschluß eines ordentlichen Handelsvertrages längstens bis 1. Jänner 1925 in Gültigkeit. Das Uebereinkommen tritt vorläufig auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes in Kraft und wird gleichzeitig zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt werden.

Eine Lohnbewegung der österreichischen Industrieangestellten. Der Verband der österreichischen Industrieangestellten sandte an die Revierräte der großen Industrieunternehmen einen Fragebogen, in dem gefragt wird, welchen Standpunkt sie bezüglich der Frage des Lohnkampfes, der eben mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln geführt wird, einnehmen. 85 Prozent der Revierräte erklärten, daß sie für die Anwendung der schärfsten Mittel sind, falls die Besitzer der Industrieunternehmen auf ihrem ablehnenden Standpunkt im Lohnkampfe beharren würden.

Der Kampf von Stinnes und Bosel um die Oelherrschaft in Europa. Der Kampf der mitteleuropäischen Petroleuminteressen wird durch die Namen Stinnes und Bosel repräsentiert. Stinnes hat bekanntlich vor kurzem seinen großen Oeltrust in Deutschland begründet. Nach dem Südoften bearbeitet für ihn sein österreichischer Verbündeter Castiglioni das Feld. Ihm gegenüber stehen die Bemühungen Bosels, der — den Informationen der „Neuen Züricher Zeitung“ zufolge — von dem amerikanischen Petroleumkapital unterstützt wird. Dank dieser Unterstützung konnte sich Bosel die Herrschaft über die Wiener Unionbank sichern. Die Verbindung Bosels mit dem Rodesseler-Konzern kam aber erst ans Licht, seitdem dieser junge Bankier mit der Banque de Paris, welche beinahe sämtliche größeren Petroleumunternehmen in Polen besitzt, gemeinsame Geschäfte eingeleitet hat. Auf dem polnischen Kampfplatz scheint der Sieg Bosels und der amerikanischen Gruppe unzweifelhaft.

Ein Farbetrust in Frankreich. Zwei große französische Konzerne für die Herstellung von Farben und anderen chemischen Produkten vereinigten sich vor kurzem zu einem mächtigen Trust. Der eine Konzern „Compagnie nationale des matieres colorantes“ wurde erst im Jahre 1917 gegründet und erzeugt 65 Prozent der gesamten französischen Farbenproduktion, welche bereits den inländischen Bedarf zu 85 Prozent deckt. Der andere Konzern, die sogenannten Kuhlmannwerke, beschäftigt sich mit der Herstellung von Rohstoffen und Halb-

fabrikaten für die chemische Industrie. Der neue Trust wird also eine vertikale Kombination darstellen, das heißt, er wird die Herstellung vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat umfassen. Der französische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ behauptet mit Entschiedenheit, daß die Gründung des neuen Trusts mit der französischen Befehung der Badischen Anilinfabrik in Ludwigshafen in enger Verbindung stehe.

Arbeitslosigkeit der russischen Intellektuellen. Die Not der Arbeitslosigkeit, welche die intellektuellen Arbeiter in vielen Ländern betroffen hat, ist in Rußland besonders schwer. Im Juni 1923 waren nicht weniger als 154.600 Intellektuelle beschäftigungslos, was mehr als ein Viertel der Gesamtzahl der Arbeitslosen gleichkommt, die zu jener Zeit bei den staatlichen Arbeitsnachweisämtern gemeldet waren. Zum Vergleich sei bemerkt, daß die Zahl der arbeitslosen Intellektuellen am 1. Dezember 1922 111.000 betrug (32,7 Prozent aller Arbeitslosen) und am 1. Februar 1923 stellte sie sich auf 107.590 (31,1 Prozent). In Petersburg betrug die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei Männern fünf Monate und 27 Tage, bei Frauen zehn Monate und 26 Tage. Zwei Drittel der beschäftigungslosen Intellektuellen standen im Alter von 19 bis zu 30 Jahren. (Die vorstehenden Angaben entstammen der Wochenschrift „Industrial and Labour Information“, die vom Internationalen Arbeitsamt in Genf herausgegeben wird.)

Arbeitslosengesehung im Freistaat Irland. Die Regierung des Freistaates Irland hat kürzlich gesetzgeberische Maßnahmen zur Arbeitslosenversicherung kundgemacht, die auf den bezüglichen britischen Gesetzen von 1920, 1921 und 1922 beruhen, aber den irischen Verhältnissen angepaßt sind. Von den neuen Bestimmungen betrifft eine gewisse Ausnahmen von der Versicherungspflicht der Seeleute. Eine in dem Entwurf des Gesetzes enthaltene Bestimmung, die aber nicht beibehalten wurde, ging dahin, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht an den berechtigten Arbeiter, sondern an den Arbeitgeber auszugeben sei, um den letzteren in den Stand zu setzen, bei Daraußahlung des Unterschiedes zwischen Unterstützung und Lohn, den Arbeiter weiterhin beschäftigen zu können.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frant	16,47 ⁵⁰
Berlin	Mark	3,960.000.000 ⁰⁰
Wien	Österr. Krone	2085 ⁰⁰

Züricher Schlusskurse am 1. November.

	Mittlerer Kurs	
Paris	32,95 ⁰⁰	32,10 ⁰⁰
London	25,18 ⁰⁰	25,20 ⁰⁰
Berlin	0,00 ⁰⁰	0,00 ⁰⁰
Wien	25,22 ⁵⁰	25,30 ⁰⁰
Dollars	218,00 ⁰⁰	218,50 ⁰⁰
Wien	0,00,79 ⁰⁰	0,00,79 ⁵⁰
Budapest	0,103 ⁰⁰	0,103,15
Prag	18,45 ⁰⁰	18,50 ⁰⁰
New York	5,61,25	5,62 ⁰⁰
Belgrad	6,75,50	6,85,00
Bratislava	0,00,00 ⁰⁰	0,00,00 ⁰⁰

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen Brödicke 5:1 (3:1). Die einst gefürchteten Grün-Weissen aus Brschowitz sind heute nur mehr eine Mannschaft, die event. guten zweitklassigen Fußball spielt, die aber wirklichen Klasse-Mannschaften nicht mehr gefährlich werden kann. Daß der

D. F. C. daher das Spiel 5:1 gewann, ist keine besondere Heldentat, denn er war technisch und taktisch so hoch überlegen, daß er mit einem Unterschied von mindestens einem Tugend Toren hätte gewinnen müssen. Er gewann jedoch nicht so hoch, weil seine Mannschaft — einmal mit einem Vorsprung in Führung — es nicht mehr der Mühe wert findet, ihre Ueberlegenheit auch durch Torerfolge auszubringen. Was da gestern vom D. F. C.-Sturm an Chancen vergeben wurde, war schon ein unglaublicher Skandal. Man muß es der D. F. C.-Angriffsreihe zwar zugute halten, daß sie in der ersten Halbzeit durch eine Verletzung Strnads — der dann nur mehr statieren konnte — stark behindert wurde. Doch als Loß in der zweiten Halbzeit antrat und der Sturm wieder komplett wurde, war die Sache jedoch nicht besser geworden und — obzwar die Brschowitzer dann mit 10 Mann spielen mußten — machte der D. F. C. trotz seines besseren Könnens oft einen kläglichen Eindruck. Dabei spielten die Brschowitzer reichlich roh — kurzum, die zweite Halbzeit war alles andere, als ein Spiel hochklassiger Mannschaften. Die Brschowitzer waren schlecht — sie können nichts mehr. Der D. F. C. kann jedoch viel, man kann ruhig sagen, er kann alles, wenn er nur will. Gestern wollte er anscheinend nicht: und darum war er miserabel. Der Schiedsrichter war der hohen Qualität des Spieles angemessen. Er war schlecht und miserabel zugleich. Dessen sportlichen Genuß ließen sich zum Glück nur an 1000 Personen nicht entgehen. Denn neue Freunde des Fußballs hat das Spiel sicherlich nicht gewonnen.

Sparta gegen Teplih 3:0 (2:0). Teplih ist erst in der zweiten Halbzeit so halbwegs imstande, der Sparta einen ebenbürtigen Gegner abzugeben. Sparta siegte verdient und sicher.

Slavia gegen Rapid 5:1 (3:1). Dieses Spiel fand gestern in Wien statt und sah die erneuerte Slavia in Hochform. Dem Torregen der Slavia konnte Rapid nur mit größter Mühe den einen Treffer Urdbils entgegensetzen.

OSRAM
muß auf der Glasglocke stehen



Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.

OSRAM
NITRA

Bio-Programm

vom 2. November bis 8. November.

SANSSOUČI Vorspiel:
Violinvirtuose Fred Singer.
Pathé Journal
Das Schloß der leiländischen Schriftsteller und Journalisten.
Première! Premiere!
„Die Leidenschaft“
Mozachin - Lisenko.
„Er“ und sein Karren.
Amer. Lustspiel mit Harold Loyd.

Wo verkehren wir?

Café Continental, ¹⁰⁰ Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, ¹⁰⁰ Prag-Relazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smecih 22 (Urania). 100

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. ¹⁰⁰ PRAG II., Hybernáka
Konzert. Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Geld, Geld, Geld
verdient jeder, der pat. Massengebrauchartikel verkauft. Nichtpassendes tausche um oder Geld retur. Prospekte gratis. Anton Horn, Johndorf-Brüg-Öbmen.

Ein Wanderbuch

für das
Nichtel u. Erzgebirge,
Zsch.-Schmische Schweiz,
Archen, Iser- u. Niesens-
gebirge, Waldenburger u.
Guttenbergs, Glatzer-
gebirge u. Reuscheur.
Mit vielen Wanderkarten
in Leinwand gebunden.
Preis, wenn mit Hinweis
auf dieses Inserat
bestellt wird
nur 650 Kronen.
Bücherverzeichnis kostenlos.
Buchhandlung Freiheit
Teplih-Zahnan,
Theresienstraße 18.

Billiger Befestoff

Socearslo, Anmutige
Weichheiten.
Bücher, Münchhausen,
Scalsheld, Präre am
Jacinto.
Streuvels, Der Arbeiter.
Toshol, Wollergablungen.
Preis gebd. je 3 Kronen.
Bücherverzeichnis kostenlos.
Buchhandlung Freiheit
Teplih-Zahnan,
Theresienstraße 18.



Das ist die
Qualitätsmarke!
Berson
Gummiabsätze und
Gummisohlen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eiseh und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Solis.